

Allgemein | Grundsätzliches

1. Was plant Ihre Partei, damit der Klimaschutz zum wichtigsten Thema in Koblenz wird?

a. Welche Bedeutung messen Sie dem Klimaschutz bei?

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Packen wir es richtig an, kann er aber auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Neue Technologien führen dazu, Energie bezahlbar umwandeln und gleichzeitig das Klima schützen zu können. Auch bei der Lösung für komplexe Umweltprobleme setzen wir auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der besten Ideen.

b. Mit welchen Hindernissen, Risiken und Herausforderungen rechnen Sie?

Auf dem Weg der Klimaneutralität gibt es viele Herausforderungen. Die größte Herausforderung ist es, einen Weg zwischen Machbarkeit und Erwartungshaltung der Bevölkerung zu finden. Ziel muss es sein, die breite Bevölkerung auf dem Weg mitzunehmen. Eine breite Akzeptanz der Bevölkerung erhält man durch verbesserte Lebenssituationen. Daher muss die Transformation hin zur Klimaneutralität mit Wachstum und Wohlstand verknüpft werden. Zu Wohlstand gehört für uns, nicht nur der finanzielle Status, sondern auch eine verbesserte Lebensumgebung.

c. Wie wollen Sie damit umgehen?

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur Klimaneutralität mitnehmen und nicht bevormunden. Gleichzeitig wollen wir aufzeigen, welche Innovationen klimaneutral und gleichzeitig den bestehenden Techniken überlegen sind.

2. Wie sieht die Strategie Ihrer Partei für Ihre Klimaschutzziele aus?

a. Mit welchen konkreten 3 Schwerpunkten in diesem Themenbereich würden Sie nach einer erfolgreichen Wahl als erstes starten?

Hier muss man voranstellen, dass auf kommunaler Ebene nicht der Einfluss geltend gemacht werden kann, wie auf bspw. Bundes- und europäischer Ebene. Nichtsdestotrotz haben wir auch in Koblenz einiges vor. Verkehrspolitik: Wir sprechen uns für den zeitnahen Bau eines sicheren Fahrradweges zum Ortsteil Lay aus. Fördermittelpolitik: Wir haben uns im Stadtrat dafür ausgesprochen, das Fördermittelmanagement der Stadt zu verbessern. Zudem haben wir einen Antrag eingebracht, auf versiegelten Parkflächen Erneuerbare Energien zu erzeugen (durch Stellplatzüberdachung mit PV-Anlagen). Bildungspolitik: Wir sprechen uns dafür aus, die Schulhöfe zu entsiegeln.

b. Wie wollen Sie die darin enthaltenen Ziele erreichen?

Unsere Partei tritt mit einer Liste zur Stadtratswahl an. Wir werden weiterhin unsere Ideen in den Stadtrat einbringen.

c. Wie könnte der Zeitplan dafür aussehen?

Der erste Meilenstein auf dem Zeitplan: Am 9. Juni 2024 FDP wählen.

3. Welche konkreten operativen Möglichkeiten sieht Ihre Partei für die direkte Beteiligung der Bürgerschaft?

a. Wie werden Sie den Bürgern Ihre Vorstellungen, Planungen und Projekte anschaulich

nahebringen?

All unsere Vorschläge wurden von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Als kommunale Parteigliederung arbeiten wir alle ehrenamtlich, um die Stadt Koblenz weiterzuentwickeln. Wir laden regelmäßig zu Veranstaltungen ein, die auch parteioffen sind. Zudem stehen wir seit dem Frühjahr dieses Jahres regelmäßig mit einem Informationsstand in der Stadt, um uns mit den Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen.

b. Wie erfassen Sie die Meinungen, Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu den Klimathemen?

Indem wir mit ihnen sprechen.

c. Wie können Ehrenamtler•innen (lokale Initiativen, NGOs, etc.) stärker in politische Entscheidungsprozesse vorbereitend einbezogen werden?

Der gesamte Stadtrat arbeitet ehrenamtlich. Bei einer Kommunalwahl können nicht nur Parteien, sondern auch Wählergruppen antreten. Jede Initiative, die ein Interesse hat, Dinge zum Positiven zu verändern, sollte bei der Kommunalwahl mit einer eigenen Liste kandidieren. Dieses unterscheidet die ehrenamtliche Kommunalwahl von den Landtags- und Bundestagswahlen. Dort mag der Lobbyismus durch Initiativen und NGOs ein berechtigtes Instrument sein, die Meinungsbildung des Parlamentes zu beeinflussen. Auf lokaler Ebene ergibt sich jedoch die Möglichkeit für jede Initiative direkt aktiv zu werden.

Verkehr

Der Stadtrat hat mit dem Masterplan Koblenz sowie mit dem Verkehrsentwicklungsplan einstimmig beschlossen, den Pkw-Druck in der Innenstadt zu verringern.

a. Unterstützen Sie das Ziel einer weitestgehend autofreien Innenstadt? Mit welchen Schritten könnten Sie sich diesem Anspruch nähern?

Die Kerninnenstadt ist als Fußgängerzone bereits autofrei. Eine deutliche Ausweitung dieses autofreien Bereichs streben wir nicht an.

b. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen

... um in Koblenz auch den im Landesnahverkehrsgesetz (NVG RP) vorgesehenen Vorrang des ÖPNV herzustellen und

Der Landesnahverkehrsplan befindet sich weiterhin in Aufstellung. Daher ist noch unklar, in welchem Umfang der ÖPNV in Koblenz nach diesem Gesetz erweitert werden soll und welche finanziellen Mittel die Landesregierung dafür zur Verfügung stellen wird. Aktuell kann die Erhöhung laufender Kosten für den ÖPNV von der ADD abgelehnt werden, wenn dadurch der städtische Haushalt nicht mehr ausgeglichen sein sollte. An dieser Stelle sehen wir zunächst die Landesregierung in der Pflicht.

Abgesehen davon, setzen wir uns als FDP dafür ein, dass die Taktung der Bahnlinien im Großraum Koblenz erhöht wird und dass weitere Bahnhaltepunkte im Stadtgebiet gebaut werden. Dadurch können kürzere Fahrzeiten und zuverlässigere Verbindungen entstehen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Seilbahn zur Ehrenbreitstein und der Festungsaufzug in den ÖPNV integriert werden.

... um den ÖPNV zuverlässiger – Anschlusssicherheit an den Umsteigepunkten – zu gestalten sowie auf seinen Linienwegen entsprechend zu beschleunigen?

Durch den bereits erwähnten Ausbau der Bahninfrastruktur wird sich die Reisegeschwindigkeit mit dem ÖPNV deutlich verbessern.

Zudem werden wir im Verkehrsbereich auf Digitalisierung setzen. Beispielsweise sollen auch Busse, die aus den Nachbarlandkreisen nach Koblenz einpendeln Ampelanlagen in der Innenstadt steuern können. Langfristig sehen wir in Koblenz ein digitales Verkehrsleitsystem, das mit künstlicher Intelligenz arbeitet und gewisse Verkehrsteilnehmer mit höherer Priorität durch die Stadt leitet.

c. Die Situation auf der Balduinbrücke ist für Verkehrsteilnehmende ob des engen Querschnitts konfliktreich und oft gefährlich. Unterstützen Sie eine grundlegende Verbesserung wie bspw. die Belassung des Rad- und Busverkehrs bei Herausnahme des gesamten MIV oder bei einer 1:0-Wechselverkehrsführung für den MIV: vormittags nur stadteinwärts und nachmittags stadtauswärts?

Die aktuelle Situation auf der Balduinbrücke ist gerade für Fußgänger und Radfahrer wirklich heikel. Eine Sperrung der Brücke für den MIV ist für uns jedoch keine Lösung. Wir sind der Ansicht, dass man die Innenstadt weiterhin mit dem Auto erreichen können sollte. Aus unserer Sicht birgt das Überholen von Radfahrern durch Busse die höchste Unfallgefahr auf der Brücke. Jedoch gerade die Busse wollen wir nicht von der Brücke verdrängen, da diese sonst in der Hauptverkehrszeit weitere Verspätungen aufbauen würden. Ähnlich wie die Busfahrer der Koveb sind auch die Busfahrer anderer Verkehrsunternehmen über das Defacto-Überholverbot von Radfahren auf der Brücke zu schulen. Als mittelfristige Milderung des Problems wollen wir die Staustufe für Radfahrer ausbauen lassen, diese Route könnte zumindest den Radverkehr aus Metternich und Rübenach aufnehmen. Langfristig wollen wir uns für eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer östlich der Balduinbrücke einsetzen.

d. Unterstützen Sie für ein möglichst sicheres, rasches und komfortables Vorankommen soweit möglich die Trennung von Fußverkehr, Radverkehr, Autoverkehr und ÖPNV, um das Konfliktpotential zwischen den unterschiedlichen Verkehrsarten zu reduzieren?

Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu verbessern, ist eine Trennung der Verkehrswege sinnvoll. Jedoch ist der Platz innerhalb der Stadt beschränkt, weshalb eine Trennung nicht überall möglich sein wird. Daher wurde im letzten Jahr auf unsere Initiative hin eine Werbe-Kampagne im Stadtrat beschlossen, die sich an alle Verkehrsteilnehmer richten soll und diese darauf hinweist sich rücksichtsvoll zu verhalten. Dies werden wir weiter verfolgen.

Energie

a. Wie werden Sie Ihren Einfluss auf die Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Koblenz (z.B. evm AG) mit Priorität auf die Gewinnung erneuerbarer Energien (Solarthermie, PVAnlagen, Geothermie, Fluss- und Abwasserwärme, Windkraftanlagen etc.) und/oder die Verminderung von Treibhausgasemissionen ausüben?

Die Stadt Koblenz hat die kommunale Wärmeplanung ausgeschrieben, sie wird derzeit erarbeitet. Diese hat ergeben, dass über 90% der Koblenzerinnen und Koblenzer noch mit fossilen Brennstoffen (Erdgas, Öl) heizen. Spätestens 2045 wird dieses laut Gebäudeenergiegesetz nicht mehr möglich sein.

Koblenz hat sich zum Ziel gesetzt zwischen 2035 und 2040 klimaneutral zu sein. Der Bau von Wärmenetzen und die Errichtung von Anlagen für erneuerbaren Strom wird daher unerlässlich sein. Nichtsdestotrotz muss hier am Ende abgewogen werden. Die örtlichen Gasversorger haben eine Anschlusspflicht. Das heißt, solange ein paar Nutzer noch am Netz hängen, müssen diese weiter versorgt werden. Bad Neuenahr-Ahrweiler hat gezeigt, wie schwer ein Anschluss- und Benutzungszwang in Bestand durchzusetzen ist. Unabhängig davon, dass wir dieses Instrument für ungeeignet halten.

Zusammenfassend: Ja, wir sprechen uns für eine Transformation der Energie- und insbesondere der Wärmeversorgung aus. Sehen jedoch erhebliche Bausteine auf dem Weg dahin, die vor allem einer bundespolitischen Regelung bedürfen.

b. Bis zu welchem Zeitpunkt sollte Ihrer Einschätzung nach die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude fertig gestellt sein?

Wir sprechen uns dafür aus, die kommunalen Gebäude energetisch zu sanieren. Ziel dabei muss es sein, dass langfristig neben den Treibhausgasen auch die Energiekosten gesenkt werden können. Die niedrigeren Energiekosten sollen langfristig die Kosten der Sanierung amortisieren.

c. Wie werden Sie Bevölkerung und Wirtschaft dabei unterstützen, Gebäude energetisch zu sanieren und erneuerbare Energien zu produzieren?

Dieses ist nicht Aufgabe der Kommunalpolitik.

Ernährung

Die Außer-Haus-Verpflegung (Schulen, Kitas, Krankenhäuser etc.) hat ein großes Potential. Viele Menschen achten auf eine klimabewusste und global gerechte Ernährungsweise. Ein höchst wichtiger Beitrag ist das zunehmende Angebot einer pflanzenbasierten, fleischarmen Kost.

a. Werden Sie sich dafür stark machen, dass bei kommunalen Verpflegungsangeboten, wie für Kitas, Schulen, Krankenhäusern und weiteren Verpflegungseinrichtungen, der Anteil an fair gehandelten sowie regionalen Produkten und Biolebensmitteln - analog zum Öko-Aktionsplan Rheinland-Pfalz - verpflichtend auf 30 %, bezogen auf den Gesamtwareneinsatz eines vierwöchigen Speiseplans, erhöht wird? Wenn ja, wie setzen Sie dies um?

Wir sprechen uns für eine gesunde Ernährung bei kommunalen Verpflegungsangeboten aus. Wie der Einkauf und die Gestaltung des Speiseplans auszusehen haben, sollte in der Verantwortung des jeweiligen Fachpersonals liegen. Wir bezweifeln, dass der Stadtrat das richtige Gremium für solche kleinteiligen Entscheidungen ist.

b. Wie erreichen Sie einen hohen Anteil an pflanzenbasierten, fleischarmen Essen?

Indem ich Gemüse und Obst kaufe.

c. Setzen Sie sich dafür ein, eine zuständige Stelle für das Thema ‚Nachhaltige Ernährung in der Stadt Koblenz‘ zu schaffen, die u.a. eine kommunale Ernährungsstrategie erarbeitet?

Die kommunalen Verwaltungen sind in vielen Bereichen zu groß besetzt. Die Kommunen sollten sich wieder vermehrt ihren Kernaufgaben widmen. Eine Vollzeitkraft einzustellen, um eine „kommunale Ernährungsstrategie“ zu erarbeiten, gehört unseres Erachtens nicht dazu.

d. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken?

Diese politische Frage sollte auf der Ebene des Landes oder des Bundes angegangen werden. Regionale Lebensmittel werden von regionalen Bauern hergestellt. Eine geringere bürokratische und finanzielle Belastung würde die regionale Wertschöpfungskette stärken.

Klimaschutz und Klimaanpassung

a. Unser Waldökosystem ist ein hauptsächlichlicher Schutzfaktor in unserer kommunalen Klimapolitik (Kohlenstoffspeicher, Wasserspeicher, Artenschutz). Werden Sie die neue ökologische Waldzertifizierung unterstützen und die nationalen und europäischen Waldschutzgebiete dauerhaft sichern?

Sofern hier Handlungsbedarf besteht, werden wir die vorgeschlagenen Konzepte der Verwaltung prüfen.

b. Bund und Land empfehlen Hitzeschutzkonzepte für alle kommunalen Einrichtungen bis 2025.

Welche Maßnahmen für ein solches Hitzeschutzkonzept erachten Sie als vorrangig?

Am Ende sind nicht die Konzepte wichtig, sondern die Umsetzung. Bei Hitzeschutzkonzepten läuft es zumeist auf bauliche Maßnahmen hinaus. Diese sollten in einem ganzheitlichen Ansatz angegangen werden, wenn das Verhältnis von Kosten/Nutzen stimmt. Nichtsdestotrotz kann Hitze eine Gesundheitsgefahr darstellen, die bei der Planung von Gebäuden (insbesondere Altersheime und Krankenhäuser) mitbedacht werden sollte.

c. Der Stadtrat hat am 24.03.2022 das Regenwassermanagementkonzept beschlossen. Mit welchen Maßnahmen / Projekten würden Sie beginnen? Wie wollen Sie Bevölkerung und Wirtschaft darin unterstützen, Entsiegelungsmaßnahmen vorzunehmen?

Wie bereits oben beschrieben, sprechen wir uns dafür aus, Schulhöfe zu entsiegeln.

d. Werden Sie Biodiversität in der Stadt (Grünflächen, Baumbestände, Bebauung) und grundsätzlich Lebensräume und Habitate erhalten und fördern? Welche Maßnahmen schlagen Sie hierzu vor?

Wie bereits oben beschrieben, sprechen wir uns dafür aus, Schulhöfe zu entsiegeln. Weitere Vorschläge der Verwaltung werden wir prüfen.

e. Wie werden Sie der regionalen Wirtschaft helfen, klimaneutral zu werden?

Dies ist nicht Aufgabe der Kommunalpolitik.

f. Wie könnte die Koblenzer Klimaschutzkommission Ihrer Ansicht nach so verändert werden, dass sie effektiver arbeitet, etwa in Form sektoraler Arbeitsgruppen?

Die Klimaschutzkommission ist gescheitert. Wir halten die Arbeit für ineffizient. In den vergangenen fünf Jahren waren die erarbeiteten Ergebnisse nicht ausreichend. Im Prinzip kann man ein unwirksames Gremium zur Selbstbeschäftigung aufrechterhalten. Uns ist der Klimaschutz jedoch so wichtig, dass wir mit unwirksamen Gremien keine Zeit verlieren wollen. Daher schlagen wir vor, eine Rückbesinnung auf klassische Strukturen. Stadtrat → Umweltausschuss → Stadtratsbeschluss. Der Umweltausschuss musste bereits aufgrund fehlender Beratungsgrundlagen abgesagt werden.

Wir bitten Sie um ausführliche und konkrete Beantwortung des Fragenkataloges und um Rücksendung bis zum 12. April 2024. Ihre Antworten fließen in ein Bewertungssystem ein.